

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Ankunft des chinesischen Botschafters, Wang Yü-tien

Der erste chinesische Botschafter in der BRD reiste am 8.6.73 zur Übernahme seines Postens in Peking ab (NCNA 8.6.73) und traf am 18.6., aus Paris kommend, in Bonn ein. Er sollte bereits im April in die Bundesrepublik kommen; wegen einer Erkrankung war damals der Dienstantritt jedoch nicht möglich. Am 20.6. wurde Wang von Bundespräsident Gustav W. Heinemann zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

(Kurzbiographie Wang Yü-tiens in C.a.73/3-Ü3)

(2) Finanzminister Schmidt zur Sicherheit Westeuropas

Zu einem Zitatentwurf fügt Hsinhua Ausschnitte aus einer Rede des Finanzministers Helmut Schmidt vom 30.5.73 in Zürich zusammen (NCNA 4.6.73). Bemerkenswert ist dabei das positive Licht, in dem die USA erscheinen. Kein Kommentar weist mehr auf die Machenschaften der beiden Supermächte hin. Kernsätze der Meldung: "Ein geeintes Europa ist im Entstehen, die EG wird über die Integration der Märkte hinauswachsen und sich als politische Gemeinschaft qualifizieren können. Eine neue allgemeine Konzeption wird das gesamte Verhältnis zu den USA politisch, wirtschaftlich und militärisch bestimmen sowie einen neuen Weg zur Zusammenarbeit auf der Basis der Partnerschaft zeigen. Man ist sich darüber einig, daß die Europäer und die Amerikaner in einer Welt, die so rascher und tiefgreifender Wandlungen unterworfen ist, aufeinander angewiesen sind, und zwar aus Gründen der Sicherheit und als Handels- und Wirtschaftspartner. Die westeuropäischen Länder werden ein adäquates Gegengewicht gegenüber dem sowjetischen militärischen Potential herstellen und erhalten. Die USA müssen - schon aufgrund ihrer eigenen Sicherheitsinteressen - das ungleiche Kräfteverhältnis Westeuropas gegenüber der Weltmacht Sowjetunion ausgleichen. Daran können die Sicherheitskonferenz und die MBFR-Gespräche nichts ändern. Westeuropa wird große finanzielle Mittel für Verteidigungszwecke aufbringen, weil die Sowjetunion ihre Rüstungsexpansion weiter betreibt. Niemand wird sich täuschen lassen oder leichtfertig in Euphorie verfallen".

(3) Chinesische Sportdelegation in Berlin

Eine chinesische Expertendelegation hat einen Berlin-Besuch gemacht, bevor sie nach Nürnberg, München, Inzell und Frankfurt reiste (FAZ 6.6.73).

Der Präsident des Landessportbundes Berlin, Hans Gleisberg, wertete den chinesischen Besuch als "sportpolitischen Vorgang" und betonte: "Der Landessportbund Berlin ist befriedigt darüber, daß die Chinesen in Bezug auf die Zugehörigkeit des Landessportbundes Berlin zum deutschen Sportbund keine Einschränkung machten". Peking hatte sich in einer Übereinkunft während der Vorverhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereiterklärt, "in

konkreten Fragen entsprechend der bereits entstandenen tatsächlichen Lage in Berlin" zu handeln (C.a. September 72-Ü1). Allerdings wurde noch im März Berlin als Austragungsort für einen Tischtennis-Länderkampf gegen Deutschland von den Chinesen abgelehnt (C.a. April 73-Ü57). Gegen die Bereitschaft des westdeutschen Tischtennisverbandes als Ersatz den Austragungsort Saarbrücken zu wählen, hatten Berliner Sportverbände protestiert.

(4) Geologendelegation in der BRD

Auf Einladung der Geologischen Forschungsanstalt der BRD bereiste eine Gruppe aus drei Personen unter der Leitung von Hsü Chieh, Mitglied des chinesischen Geologischen Büros und der Geologischen Gesellschaft Chinas, die Bundesrepublik. Die Gruppe nahm an den Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag der Gründung der Preußischen Geologischen Landesanstalt in Hannover teil (NCNA 26.5.73). Prof. Hsü erklärte, zum Aufbau seines Landes seien geologische Kartierungen und die Suche und Bewertung mineralischer Rohstoffvorkommen im gegenwärtigen Zeitpunkt wichtig. Eine solche Arbeit werde als Schlüssel zur Verbesserung des Lebensstandards angesehen. Damit sollte "der Anfang von engen Beziehungen zwischen den Geologen" hergestellt werden.

(5) Springer - VRCh

Neun Zeitungstechniker aus der VRCh haben das Verlagsgebäude Axel Springers in Hamburg und das neue Druckhaus in Essen/Kettwig besucht (20.6.73). Verleger Springer lancierte dafür in einem Interview mit dem französischen 'L'Express' den Plan, ein chinesisches Generalkonsulat solle in Berlin eingerichtet werden, um angesichts der zahlreichen Botschaften in Ostberlin das diplomatische Gewicht in Westberlin zu stärken (Welt 18.6.73).

(6) Mainzer Delegation nach Peking

Vom 2. bis 22. Juli reiste der Oberbürgermeister der Stadt Mainz, Fuchs, mit einer 24 Personen umfassenden Delegation in die Volksrepublik. Dies ist eine erste Städte-Freundschaftsfahrt und damit eine Pionierreise, von der weitere deutsche Städte später Anregungen gewinnen sollen, so erklärte Botschaftsrat Wang Shu bei einem Besuch in Mainz (FAZ 15.6.73).

WESTEUROPA

(7) Außenminister Chi P'eng-fei in Großbritannien, Frankreich, Iran und Pakistan**a. GROSSBRITANNIEN:**

Ab 6. Juni hielt sich der chinesische Außenminister zu einem fünftägigen Freundschaftsbesuch in Großbritannien auf. Seine Reise führte ihn darauf nach Frankreich und in den Iran. Zu seiner Begleitung gehörten seine Gattin Hsü Han-ping, Vizeaußenministerin Wang Hai-jung sowie der Abteilungsleiter Westeuropa des chinesischen Außenministeriums, Wang Tung (NCNA 6.6.73). Chi erwiderte die Visite des britischen Außenministers Alec Douglas-Home in der Volksrepublik vom Oktober vorigen Jahres. Chi führte vertrauliche Gespräche mit seinem britischen Amtskollegen, traf mit Europaminister John

Davis zusammen und suchte Premierminister Heath auf. Heath nahm eine Einladung in die Volksrepublik noch in diesem Jahr an und wird damit der erste britische Regierungschef sein, der nach dem Kriege das chinesische Festland betritt (FAZ 7.6.73; NZZ 6.6.73; Times 6.6.73; IHT 12.6.73).

Chis Europabesuch enthält eine deutliche Spitze gegen die Bundesrepublik. Die ursprünglich bereits im März vorgesehene und wegen der Teilnahme des chinesischen Außenministers an der Pariser Friedenskonferenz verschobene Europa-Reise hatte zunächst nach Bonn, London, Paris und Rom führen sollen. Chi ist prädestiniert für den Bonn-Besuch, denn er darf als Kenner der deutschen Szenerie bezeichnet werden, weil er - vom Medizinstudium her mit der deutschen Sprache vertraut - zwischen 1950 und 1955 Botschafter der VRCh in der DDR war. Man geht sicher in der Annahme nicht fehl, daß bei der vorläufigen Ausklammerung des Besuchs in der Bundesrepublik Pekings geringe Begeisterungsfähigkeit für die Ostpolitik der SPD-Regierung eine Rolle gespielt hat, jedenfalls wurde die Euphorie des Breschnew-Besuches nur mit mißbilligendem Schweigen quittiert.

Gesprächsthemen in London waren Europa, der Status der britischen Kronkolonie Hong Kong, wohin die Chinesen anscheinend einen offiziellen Repräsentanten entsenden wollen, der nicht Konsul ist oder sonstwie diplomatischen Rang hat, um damit die Zugehörigkeit Hong Kongs zur Volksrepublik zu unterstreichen (vgl. C.a. Mai 73 - Ü17).

b. FRANKREICH

Zweite Station der Europa-Reise des chinesischen Außenministers war ein am 10.6. beginnender viertägiger Besuch Frankreichs. Nach einer abschließenden Besichtigung der englisch-französischen Concorde, womit wohl der Spekulation entgegengetreten werden sollte, daß auch China vom Kauf des Überschallflugzeuges zurücktreten werde, traf Chi in der französischen Hauptstadt mit den Spitzen der Regierung, Premierminister Messmer, Kulturminister Druon, Außenminister Jobert, Präsident Pompidou sowie dem Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing zusammen (Le Monde 11.6.73).

Die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern haben sich weiterentwickelt (Le Monde 12.6.73). Zwei Lehrkräfte und zwanzig chinesische Studenten befinden sich gegenwärtig in Frankreich. Etwa 30 weitere werden erwartet, außerdem 10 Wissenschaftler. Zehn französische Universitätspräsidenten bereisen in diesem Sommer die Volksrepublik.

c. IRAN

Am 14.6. hielt sich Chi zu einem Freundschaftsbesuch in Teheran auf (NCNA 15.6.73). Daß bei einer Kollision zwischen Pekings Unterstützung der arabischen Völker in ihrem Kampf gegen den Imperialismus und Zionismus auf der einen Seite und der Austragung der chinesisch-sowjetischen Differenzen auf der anderen Seite momentan der Gegensatz zur Sowjetunion den Vorrang hat, zeigte dieser Besuch deutlich. Chi warnte in einer Rede vor der hegemonistischen und expansionistischen Politik der Aggression gewisser Großmächte, die vom Mittleren Osten bis nach Südasien, vom Persischen Golf bis zum Indischen Ozean in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie überhaupt in der ganzen Welt ihre Expansion verstärkten. Die Lage im Persischen Golf erzeuge allgemeine

Besorgnis und der Iran als wichtiges Land am Persischen Golf habe allen Grund, sich angesichts dieser Lage unwohl zu fühlen. "Iran und einige andere Länder des Persischen Golfes sind der Ansicht, daß die Angelegenheiten dieses Gebietes gemeinsam von den Ländern des Persischen Golfes gehandhabt werden sollen, und sie dulden keine Einmischung von außen. Das ist eine richtige Einstellung, und wir sprechen ihr unsere feste Unterstützung aus" (NCNA 14.6.). Diese Unterstützung für "Seine Kaiserliche Majestät, den Schah-en-Schah" wird von Jugoslawiens Agentur Tanjug kritisch kommentiert. Die offene chinesische Unterstützung der Politik des Iran im Raume des Persischen Golfes empfinde man in der arabischen Welt als große Überraschung. Beurter Zeitungen, die vorher oft die Politik Pekings unterstützten, hätten die Frage gestellt, wie Pekings vorherige Haltung und seine jetzige vorbehaltlose Unterstützung der "aggressiven und expansionistischen Politik des Iran im Raume des Persischen Golfes" in Einklang zu bringen sei. Der Iran habe bereits drei arabische Inseln im Golf "okkupiert" und erwerbe weiterhin modernste Waffen, um eine starke Armee aufzubauen. Eine solche Politik bedeute eine neue Gefahr für die arabischen Länder. Chinas Politik gegenüber dem Iran geht in der Tat sehr weit. Zwar wurde die Allianz des Schahs mit Amerika nicht gepriesen; eine solche Haltung war aber doch in den heftigen Ausfällen gegen die Sowjetunion impliziert. China betrachtet den Iran als wichtiges Bollwerk gegen die Expansion der sowjetischen Macht im Mittleren Osten, deshalb konnte Chi die Stärkung der amerikanisch ausgerüsteten Armee des Schahs begrüßen. Außerdem ist der Iran für Peking als Zwischenlandepunkt für die Luftverbindung China-Europa wichtig. Schließlich ist die enge Zusammenarbeit zwischen dem Iran und Pakistan angesichts der antisowjetischen Politik Chinas von Bedeutung.

d. PAKISTAN

Am 17.6. flog Chinas Außenminister weiter nach Pakistan. Wie die NATO in Pekings Augen eine Neubewertung gefunden hat, so auch die CENTO (Central Treaty Organization), die Iran, Pakistan, Türkei sowie Großbritannien und die USA verbindet. Die chinesische Presse erwähnt die Worte des britischen Außenministers über die expansionistische Bedrohung, der die CENTO zu begegnen habe (Times 20.6.73).

In Pakistan wurde Chi von Bhutto empfangen. In einer Rede ging er auf die Lage des südostasiatischen Subkontinents ein. Die ungelöste Situation auf dem südostasiatischen Subkontinent sei untrennbar verbunden mit der Aktivität gewisser expansionistischer Kräfte, welche die Meinungsverschiedenheiten unter den Ländern des Kontinents verschärften und verstärkten. Nach dieser letzten dreitägigen Station der Reise des chinesischen Außenministers, die so stark von der Auseinandersetzung mit Moskau auf internationaler Ebene geprägt war, traf der chinesische Außenminister am 20.6. wieder in Peking ein. Moskau kommentierte denn auch diese Reise als eine Solidarisierung mit der imperialistischen Politik und mit der Tätigkeit der Blöcke dieses Raumes (TASS 20.6.73).

(8) Frankreich: Ehemaliger Ministerpräsident Chaban-Delmas in Peking

Anfang Juni hielt sich der ehemalige französische Ministerpräsident Chaban-Delmas auf Einladung des Chinesischen Volksinstituts für Auswärtige Angelegenheiten in China auf.

Der jetzige Bürgermeister von Bordeaux bereiste nach einem Aufenthalt bis zum 7. Juni in Peking eine Woche lang das Landesinnere. Während seines Aufenthalts in der Hauptstadt wurde er von Premierminister Chou empfangen. Thema der Unterhaltung war nach Korrespondentenberichten (Le Monde 8.6.73) vor allem die Frage der Verteidigung Europas. Sowohl China als auch Frankreich seien der Meinung, daß außer den klassischen Waffen eine strategische Nuklearstreitmacht notwendig sei. Beide Staaten hätten sich mit einer solchen Entscheidung gegen ein Schutzschild von außen - sei es nun amerikanischer oder sowjetischer Provenienz - gewendet. Dies sei ein wesentliches Element ihrer Unabhängigkeit und der Politik der Blockfreiheit.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(9) Sowjetunion: Keine Bedrohung Chinas

Am 1.6. hat die Sowjetunion über ihre Botschaft in Washington Behauptungen zurückgewiesen, daß China durch einen sowjetischen Angriff bedroht sei. In einer von der Agentur TASS verbreiteten autorisierten Erklärung der Botschaft heißt es: "In den letzten Tagen sind in einigen amerikanischen Presseorganen Berichte erschienen, in denen behauptet wurde, daß durch das diplomatische Eingreifen der Vereinigten Staaten ein unvermeidlicher atomarer Angriff der Sowjetunion auf die Volksrepublik China abgewendet worden sei Die Botschaft der UdSSR in den Vereinigten Staaten ist ermächtigt zu erklären, daß die Behauptung über die Existenz irgendeiner Drohung eines Angriffs der Sowjetunion auf China völlig falsch sind. Eine solche Drohung gab und gibt es nicht". (TASS 1.6.; IHT 1.6.; FAZ 2.6.). Die Prawda vom 3.6. erläutert dies ungewöhnliche Dementi. Gemeint ist ein Bericht der Nachrichtenagentur UPI vom 31.5. (C.Thalars aus London), worin behauptet wurde, daß sowjetische Truppen und gepanzerte Fahrzeuge an die chinesische Grenze strömten, sowie die altbekannte These wiederholt wurde, daß die diplomatische Offensive der Sowjetunion gegenüber Europa und den USA vom Wunsch des Kreml diktiert sei, sich gegenüber China Aktionsfreiheit zu sichern (TASS, engl. 2.6.73).

Neben solchen in den Westen gerichteten Dementis hat das propagandistische Trommelfeuer gegen China wieder zugenommen. Die dem sowjetischen Außenministerium nahestehende Monatszeitschrift "Internationales Leben" verbreitet sich in diesem Sinne in einem Aufsatz mit dem Titel "Der Antisowjetismus in der Strategie Pekings". Peking habe planmäßig konstruktive Vorschläge abgelehnt. Es lege den Nachdruck auf Kontroversen, nachdem die Streitigkeiten sich von der ideologischen Ebene auf die staatliche ausgedehnt hätten. Auf die Gegnerschaft Mao Tse-tungs zum Kreml vor 1949, die früher in der sowjetischen Presse tabu war, geht der Artikel ausführlich ein (NZZ 12.6.73). Die "Sowjetskaja Rossija" (TASS, engl., 6.6.73) nimmt Chinas Warnungen vor der Gefahr aus dem Norden aufs Korn. Maos Slogan "Auf Krieg und Naturkatastrophen gefaßt sein" werde mit der sinnlosen Arbeit von 10 Millionen Menschen realisiert, denen aufgetragen sei, vollkommen nutzlose unterirdische Tunnel zu graben. Auch die 'Istwestija' brachte erneut den Katalog der bekannten Vorwürfe gegen die Volkrepublik, wobei besonders

hervorgehoben wurde, daß die chinesische Führung versuche, die Beziehungen der UdSSR zu den starken Westmächten und zu Japan zu stören (Istwestija 1.6.73). Als besonders perfide erscheint Moskau "die hartnäckige Wühlarbeit der Leitung der VRCh gegen die Geschlossenheit der sozialistischen Länder". In einem längeren Artikel wendete sich dann am 4.6. wieder die 'Istwestija' gegen Chinas "prinzipienlose Allianz mit x-beliebigen, selbst den reaktionärsten Kräften auf sowjet-feindlicher Grundlage".

(10) Hat die UdSSR gemeinsame Vergeltungsaktion gegen die VRCh vorgeschlagen ?

Daß frühere Befürchtungen Pekings vor einer unheiligen Allianz zwischen USA und Sowjetunion nicht ganz unbegründet waren, geht aus einer jetzt im Magazin "The New Yorker" veröffentlichten Serie von John Newhouse hervor, die den Titel "Cold Dawn, The Story of SALT" trägt. Nach diesem Bericht soll Moskau im Jahre 1970 bei Geheimverhandlungen den USA einen Plan für "gemeinsame Vergeltungsaktionen" gegen China vorgeschlagen haben, falls dieses einen Nuklearangriff gegen einen von beiden Partnern starten sollte. Die amerikanische Antwort freilich sei schlicht negativ gewesen. John Newhouse, ein ehemaliges Mitglied des Senate Foreign Relations Committee, hatte Zugang zu zahlreichen Geheimdokumenten, die zwischen der Nixon-Administration und der Sowjetunion ausgetauscht wurden.

Sonderbotschafter Semjonow sei aber hart geblieben, und so mußte irgendetwas getan werden, um den sowjetischen Drängen nachzugeben. Das Problem wurde schließlich auf harmlose - und in der Tat nützliche - Weise befriedigt durch zwei miteinander verbundene Abkommen, die bekannt wurden als "Accidents and Hot Line Agreements" und die am 30.9.71 in Washington unterzeichnet wurden. Das erste Abkommen verlangt, daß jede Partei den Vertragspartner unmittelbar benachrichtigt, falls es zu einem überraschenden Nuklearzwischenfall kommen sollte. Von dieser Benachrichtigungspflicht sei auch die Entdeckung nicht identifizierter Objekte durch Raketenwarnsysteme erfaßt, die das Risiko eines Nuklearkrieges zwischen den USA und der Sowjetunion anwachsen lassen könnten. Das "Hot Line Agreement" bewirkte darüber hinaus zusätzliche Kommunikationsverbindungen zwischen Moskau und Washington, um so eine verlässliche Verbindung im Notfall zu schaffen (IHT 25.5.73).

(11) Peking zum sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen

Zum Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Breschnew, in Washington hat sich die chinesische Presse zunächst nicht geäußert und später nur einen knappen Bericht gebracht. Das Gipfeltreffen war allerdings bereits zuvor beiläufig erwähnt worden. Dafür enthält das nur in Peking einem beschränkten Leserkreis zugängliche Blatt mit ausländischen Agenturmeldungen und Zeitungsartikeln von Hsinua ausführliche Berichte über das Treffen.

Die Amerikaner hatten große Rücksicht auf eventuelle chinesische Empfindlichkeiten genommen; während des Besuches sprach Dr. Kissinger beim Leiter des Verbindungsbüros, Huang Chen, vor (IHT 26.6.73). In der Unterredung soll der VRCh erneut versichert worden sein, daß die amerikanisch-sowjetische Freund-

schaft und Kooperation nicht darauf abziele, China oder irgend einem anderen Land zu schaden. Das Abkommen über die Verhinderung eines Atomkrieges, das Breschnev und Nixon unterzeichneten, dürfe nicht in dieser Weise mißverstanden werden. Während einer Pressekonferenz erklärte Kissinger am 25.6. (Times, 27.6.73): "Weder haben wir uns auf etwas eingelassen, noch werden wir uns auf etwas einlassen, noch hat man uns gebeten, unsere Zustimmung zu etwas zu geben, das nach einem Kondominium von Supermächten riecht. ...

Gute amerikanisch-chinesische Beziehungen demonstrierte gleichzeitig Maos Gattin Chiang Ch'ing, die in der letzten Zeit seltener in der Öffentlichkeit zu sehen war, in einem vom chinesischen Fernsehen übertragenen Gespräch mit amerikanischen Basketball-Spielern in Pekings Sportstadion..

(12) "Rumänien bereit zum Volkskrieg"

Auf einem Bankett für eine rumänische Militär-Delegation in Peking erläuterte der Vorsitzende der Militärkommission des ZK, Li Teh-sheng, den Ausbau der rumänischen Armee (NCNA, englisch, 20.6.73): "Die rumänische Volksarmee hat gewissenhaft die Konzeption der Partei von der Verteidigung durch das gesamte Volk eingeführt und eine Reihe neuer Maßnahmen zum Schutz der nationalen Unabhängigkeit, der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität beschlossen. Sie steht bereit, einer imperialistischen bewaffneten Invasion mit dem Volkskrieg zu begegnen". Solche Formulierungen, die der Sowjetunion wohl kaum zusagen werden, wurden vom 1. Stellvertretenden Verteidigungsminister Rumäniens, Gheorghe, in einer sehr allgemein gehaltenen Rede nicht wiederaufgenommen. Der Minister hob lediglich als Basis des gemeinsamen Gesellschaftssystems die Theorie des Marxismus-Leninismus hervor und verlangte als Prinzipien internationaler Beziehungen die Respektierung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, volle Gleichberechtigung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Verzicht auf Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung und Verzicht auf Einschüchterung in jeder Form oder bewaffneten Druck gegenüber anderen Ländern.

NORDAMERIKA

(13) USA: Eröffnung des Verbindungsbüros in Peking

Am 26.6. ist Amerikas Verbindungsbüro in Peking offiziell mit einer Feier eröffnet worden. Chinas Regierung entsandte keinen offiziellen Vertreter (NZZ, 28.6.73).

(14) Chou En-lais Stellungnahme zur neuen "Atlantik Charta"

Nach einer ersten Stellungnahme zu Kissingers Entwurf einer neuen Atlantik-Charta (C.a., Juni 73 - Ü 15) übermittelten japanische Presseberichte ein positiveres Urteil des chinesischen Ministerpräsidenten (NZZ, 6.6.73). Chou En-lai sehe keinen Grund, sich dem US-Vorschlag zu widersetzen. Die Voraussetzung sei, daß auf diese Weise ein Gegengewicht gegen "kontinentalen Expansionismus der Sowjetunion" gebildet werde. Er lehne den Beitritt Japans zu der neuen Gemeinschaft nicht ab. Dies soll Chou einem früheren japanischen

Abgeordneten in Peking mitgeteilt haben.

(15) Hohe chinesische Journalisten-Delegation in den USA

Chinas Nachrichtenagentur berichtete ausführlich über den USA-Besuch einer Journalisten-Delegation, die von Chu Mu-chih angeführt wurde (NCNA 25., 29., 30.5.). Die Journalisten wurden auf einem Empfang im Weißen Haus von Präsident Nixon begrüßt.

Präsident Nixon will wieder nach China

Im vollen Wortlaut hielt Hsinhua die Bemerkung des amerikanischen Präsidenten während dieses Empfanges fest, er wolle in seiner zweiten Amtsperiode, und zwar im Frühjahr, gerne in die Volksrepublik China zurückkehren. Eine solche Reise, die durchaus zur vollen Aufnahme diplomatischer Beziehungen führen könnte, wurde von Dr. Kissinger so kommentiert: "Die Politik der Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China, das Ansteigen der Kontakte und die Bewegung von der Normalisierung zur Freundschaft, all das wird mit Energie und Überzeugung in den kommenden Jahren befolgt werden". Nach einem viertägigen Aufenthalt in Washington (Essen des demokratischen Senatsführers Mansfield für die Delegation, Empfang durch amerikanische Gesellschaft der Zeitungsverleger) setzte die Delegation ihre Reise nach Chicago fort.

(16) Chou En-lai in die USA?

Chinas Premierminister will sich angeblich im Oktober in die Vereinigten Staaten begeben, Präsident Nixon dafür der Volksrepublik im nächsten Frühling einen erneuten Besuch abstaten. Das meldete ein japanischer Kyodo-Korrespondent aus Moskau (Monde, 27.6.73). Die Besuchstermine sollen während der letzten Europa-Reise des chinesischen Außenministers Chi P'eng-fei beim Treffen mit dem amerikanischen Präsidentenberater Henry Kissinger festgelegt worden sein.

ASIEN

(17) Hong Kong: Flüchtlingszwischenfall

Ein in der VR China wegen Sturmes notgelandeter Flüchtlings-Hubschrauber aus Hong Kong wurde am 14.6. von den chinesischen Behörden wieder freigegeben. Zurück blieb ein junger VR-Chinese aus diesem Hubschrauber, der schwimmend hatte nach Hong Kong flüchten wollen und dabei von Haien angefallen worden war. Der junge Mann und ein zweiter Flüchtling, dessen von Haien verstümmelte Leiche am Strand in Hong Kong angetrieben wurde, gehört zum Kreis von Flüchtlingen, die besonders im Sommer illegal die britische Kronkolonie zu erreichen versuchen (IHT, 15.6.).

In der Folge des Großen Sprungs waren im Mai 1962 über 60.000 geflüchtete junge Chinesen von den britischen Behörden nach Canton zurückgeschickt worden. Insgesamt werden die seit 1950 in Hong Kong eingewanderten Flüchtlinge auf etwa eine Million geschätzt; denn 1971 hatte Hong Kong eine Bevölkerung von 3,9 Mio., während es 1950 2,3 Mio. Einwohner waren (FEER, 13.5.72). Im Jahre 1971 gelangten nach Schätzungen der Hong Konger Behörden rd. 12.000 chinesische

Flüchtlinge in die Kronkolonie, 90 % von ihnen als "Freiheitschwimmer" (C.a. 72/5 - Ü23).

Täglich versuchen bis zu 100 Chinesen illegal über die Grenze nach Hongkong zu kommen. Im letzten Jahr waren es 5.800, die offiziell registriert wurden. Insgesamt sollen 17.400 Flüchtlinge im letzten Jahr die Kronkolonie erreicht haben. 1973 waren es mehr als im Vorjahr. Die Polizei griff zwischen Januar und Mai über 1.500 Flüchtlinge auf, im Vergleich zu 800 in der gleichen Zeitperiode 1972 (IHT, 24.6.73).

(18) Indien: Erste persönliche Kontakte

Nachdem der indische Außenminister Swaran Singh nach Beendigung der Bangla-Desh-Krise erste verbale Kontakte mit der VRCh aufnahm (Vorschlag von Botschaftergesprächen im Oktober 1972 und die Anerkennung Tibets als integrierenden Bestandteils der VRCh im November 72), wurden erstmals nach der Kulturrevolution Inder, bezeichnet als "freundliche Personen", von einem Politbüro-Mitglied, nämlich Yeh Chien-ying, empfangen (NCNA, 16.6.73).

(19) Japan: Noch kein Durchbruch bei Verhandlungen

Bei den drei augenblicklich anstehenden Verhandlungen zwischen China und Japan, nämlich über den Abschluß von Verträgen über Flugrechte, Fischerei und Außenhandel, sind im Juni keine konkreten Ergebnisse erreicht worden.

Luftfahrtverhandlungen:

Chou En-lai äußerte gegenüber dem in Peking weilenden LDP-Abgeordneten Hideji Kawasaki seine große Unzufriedenheit mit dem langsamen Fortgang der Luftfahrtverhandlungen. Noch immer wurde hier die Taiwan-Frage nicht gelöst. Die Japaner erfinden immer neue Konstruktionen, die offenbar von chinesischer Seite nicht akzeptiert werden. So ist jetzt geplant, die chinesische Luftverkehrsgesellschaft im neu zu errichtenden Narita landen zu lassen, die taiwanische Linie soll dagegen in Haneda, dem späteren Inlandsflughafen, landen. Dies würde aber eine Verzögerung der Aufnahme des Flugverkehrs zwischen Japan und der VRCh bis 1974 bedingen. Die Anflughäfen in Japan sollen Tokyo und Osaka sein, in China sollen Peking und Shanghai angeflogen werden. Über eine Erweiterung der Linien über die jeweiligen Endpunkte hinaus ist ebenfalls noch keine Einigung erzielt worden (Nikei, 13.6., 21.6.73; Kyodo, 12.6., 19.6.73).

Fischereiverhandlungen:

Im Juni wurden die ersten Kontaktgespräche zwischen japanischen und chinesischen Experten beendet. Wie die japanische Delegation bei ihrer Rückkehr nach Tokyo am 26.6. mitteilte, werden vor Abschluß eines Abkommens weitere Informationsgespräche zwischen beiden notwendig sein. Zur Absicherung des gegenwärtigen Zustands wurde das bisherige private Abkommen bis 1974 verlängert (Nikei, 21.6., 27.6.73).

Handelsabkommen:

Unter Leitung ihres Vorsitzenden, Aijichiro Toyama, ist seit 16.6.73 eine Delegation der Japanischen Vereinigung zur Förderung des Internationalen Handels in Peking. Sie führt

Vorgespräche über einen Handelsvertrag durch. Wie von japanischer Seite am Abreisetag der Delegation bekanntgegeben, wünscht man in Tokyo u.a. eine Meistbegünstigungsklausel, langfristige Abmachungen (über 5 Jahre) für wichtige Handelsgüter (Düngemittel, Soyabohnen, Seidenraupen-Kokons etc.) sowie ein Zahlungsabkommen auf Yen-Yüan-Basis in den Handelsvertrag aufzunehmen. (Nikei, 16.6.73)

Einige Punkte wurden von der entsprechenden chinesischen Expertenkommission bereits angesprochen. So soll es einzelnen japanischen Firmen oder Industriegruppen überlassen bleiben, nach dem Abschluß eines Handelsvertrages direkt mit den entsprechenden chinesischen Firmen langfristige Abmachungen zu treffen. Die Preise für Ex- und Importgüter sollen dem Weltmarkt-Niveau entsprechen. (Nikei, 23.6.73)

(20) Peking unterstützt Nord-Korea-Vorschläge Verbindung zum Taiwan-Problem

Die von Präsident Kim Il Sung unterbreiteten fünf Vorschläge zur Unabhängigkeit und friedlichen Wiedervereinigung Koreas wurden von Ministerpräsident Chou En-lai am 24.6.73 in Peking ausdrücklich unterstützt (NCNA, englisch, 24.6.73).

Pjôngjangs Ansichten über eine Konföderation der beiden koreanischen Staaten in Verbindung mit der Weigerung, getrennt in die Vereinten Nationen zu gehen, ist dazu von Jen-min jih-pao (Leitartikel 24.6.73) unter einem neuen Aspekt behandelt worden. Aus Anlaß des 23. Jahrestages, von Anfang des Korea-Krieges gerechnet, verbindet die Zeitung die Korea-Frage mit dem Formosa-Problem. Kim Il Sung hatte die Nationen kritisiert, die zwei Koreas fabrizieren wollten. Jen-min jih-pao besteht darauf, daß auch Formosa ein unabtrennbarer Teil des heiligen Territoriums Chinas sei (Monde, 27.6.73).

(21) Nordvietnamesische Führer in Peking

Zu Gesprächen über den Aufbau von Nordvietnam, die Verletzung des Waffenstillstandsabkommens sowie andere bilaterale Fragen sind am 4.6.73 der Parteichef Nordvietnams, Le Duan, sowie Ministerpräsident Pham Van Dong in die Volksrepublik gereist. Ein Leitartikel der Jen-min jih-pao (NCNA, 4.6.73) hebt hervor, die Delegation besuche China unter neuen Umständen, nämlich "nachdem das vietnamesische Volk den großen Sieg in seinem Krieg gegen die US-Aggression und für nationale Befreiung" errungen habe. "Das im Januar d. J. unterzeichnete Pariser Vietnam-Abkommen bestätigt die grundlegenden nationalen Rechte des vietnamesischen Volkes und schafft Bedingungen dafür, daß das vietnamesische Volk seine Probleme selbst löst. Mit der Beendigung des Krieges in Vietnam ist die Revolution in Vietnam in eine neue Phase getreten." Parteichef Mao Tse-tung empfing die beiden Spitzenpolitiker am 5.6.73 in seinem Arbeitszimmer in Chungnanhai (NCNA, 5.6.73).

Konkretes Ergebnis der intensiven Beratungen in der chinesischen Hauptstadt war die Unterzeichnung eines neuen Abkommens über unentgeltliche wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit für das Jahr 1974. Über das genaue Ausmaß der chinesischen Hilfe wurde nichts bekannt. Das Abschluß-Kommunique zeigt allerdings, daß Nordvietnams Partei- und Regierungsdelegationen chinesischer Diktation in Fragen der Dritten Welt sehr nahekomen (Kommunique NCNA, 11.6.73).

Internationale Organisationen

(22) Hoher WHO-Posten für China

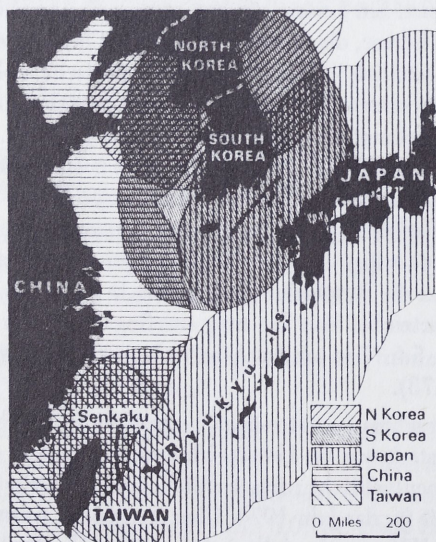
Chang Wei-hsun wurde mit Wirkung vom 1.6.73 zum Stellvertretenden Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation ernannt. Der Professor für Kinderheilkunde war vorher in der Auslandsabteilung des Pekinger Gesundheitsministeriums tätig (NCNA, 1.6.73).

Allgemeine Außenpolitik

(23) 200-Meilen-Grenze

Sehr plastisch zeigt die beigegefügte Karte, zu welchen Konflikten es zwischen Nord- und Südkorea, China, Taiwan und Japan kommen könnte, wenn jedes dieser Länder eine 200-Meilen-Grenze der Küstengewässer für sich beanspruchte. Erst kürzlich ließ Australiens Premierminister Whitlam den Anspruch seines Landes auf eine 200-Meilen-Zone anklingen; die Volksrepublik würde solche Forderungen unterstützen, da sie selbst die "imperialistischen" UN-Konventionen von 1958 und 1960 über Öl- und Gasförderung angreift. Im übrigen bereitet China systematische Untersuchungen auf eventuelle Ölvorkommen entlang seiner Küste vor (The Economist, 16.6.73).

Es ist jedoch fraglich, ob Peking tatsächlich eine Ausdehnung seiner Seegrenze auf 200 Meilen fordern wird. Bei der Vorbereitung der dritten UN-Seerechtskonferenz hatte sich China zwar gegen die 12-sm-Territorialgrenze der Gewässer ausgesprochen, jedoch keine Ausdehnung auf 200 sm verlangt. Als Entwicklungsland hat China lediglich "volles Verständnis" für Länder der Dritten Welt, die eine solche Neufestsetzung anstreben (vgl. C.a. 73/5 - Ü36).



Ausländer in der VRCh

(24) Erleichterungen für Ausländer in Peking

Für die größere Anzahl von Ausländern in der chinesischen Hauptstadt, so meldet Hsinhau (englisch, 30.5.73), sind die Fundamente für ein neues vielstöckiges Gebäude des Hotels "Peking" gelegt und ein neues Telefongebäude für in- und ausländische Ferngespräche geplant. Der Pekinger Flughafen erhält einen neuen Abfertigungsbau. Im Botschaftsviertel werden zusätzlich Wohnblocks errichtet, nachdem bereits im Vorjahr zwei Wohnblocks für Diplomaten fertiggestellt worden waren, sowie der Internationale Klub und das Freundschafts-Warenhaus.

(25) Höhere Preise nur für Ausländer

Seit Anfang Juni sind die Preise für Ausländer in der Volksrepublik dramatisch angehoben worden. Hotelgäste in Peking und anderen chinesischen Städten haben über 50 % mehr zu bezahlen, ebenso die Besucher erstklassiger Restaurants. Im Zirkular an die ausländischen Botschaften wurde darüber hinaus auch eine Preiserhöhung für Unterbringung in dem See-Erholungsort Peitaiho nahe Peking mitgeteilt. Solch drastische Preiserhöhungen, die erstmals auf der Messe in Canton im Frühjahr beobachtet worden waren, erfassen auch die Taxiflotte Pekings, die von brüchigen polnischen "Warszawas" auf nagelneue japanische "Toyotas" umgerüstet hat (IHT, 3.6.73; CSM, 4.6.73).

Ortkundige Diplomaten kaufen bereits Antiquitäten nicht mehr in den auf Ausländer abgestellten Läden, sondern versuchen, ein Schnepphen in normalen Geschäften zu machen, die mit Gebrauchsgütern handeln. Denn für die chinesische Bevölkerung ist preislich alles beim alten geblieben. Mit dieser Angleichung an das internationale Preisniveau soll nach den verstärkten Auslandskäufen der letzten Zeit wohl das chinesische Devisenbudget aufgebessert werden.

(26) China-Reisen

Die Kronberger "Marco-Polo-Reisen" haben eine erste Touristengruppe für acht Tage in die Volksrepublik China entsenden können. Die Reise ging nicht nur in die großen Städte, sondern kreuz und quer durchs Land. Besucht wurde auch Tsingtao. Kosten der Reise: DM 4.980,—. Weitere Reisen sind für September und Oktober 73 geplant (Welt, 28.6.73).

INNENPOLITIK

(27) Einberufung des Nationalen Volkskongresses?

Der schon 1971 vorbereitete und dann auf die lange Bank geschobene 4. Nationale Volkskongreß wird anscheinend in der nächsten Zeit einberufen werden. Nach japanischen Meldungen ist Aiichiro Fujiyama, Delegationsleiter der Gesellschaft zur Förderung des Internationalen Handels, der sich in Peking aufhielt, von Ministerpräsident Chou En-lai zu einem weiteren China-Besuch "nach Abschluß der Tagung des Nationalen Volkskongresses" eingeladen worden. Das würde das offizielle Siegel auf die Umstrukturierung von Pekings Regierung und